

Nicht nur bei Managern sind Konten im Ausland beliebt

Sogar Omas hinterziehen Steuern

VON CLAUDIA URBASEK, NZ

NÜRNBERG – Meist kommen sie im Morgengrauen: Steuerfahnder. Bei Tausenden könnten sie demnächst vor der Tür stehen, sollten sich Berichte bestätigen, wonach die Affäre Zumwinkel nur die Spitze des Eisberges ist. Der Aufschrei war groß, als bekannt wurde, dass der Post-Chef eine Million Steuern beiseite geschafft haben soll. Finanzminister Peer Steinbrück ist einer der Ankläger: Er beobachtet, dass eine „bestimmte Leistungsträgerschicht“ ihr Geld am Fiskus vorbei ins Ausland transferiere.

Doch nicht nur „Leistungsträger“ schaffen ihr Geld über die Grenze, wie Oliver Horn bestätigt. Der Fachanwalt für Steuerrecht eilt seit 1998 regelmäßig Menschen zu Hilfe, bei denen die Steuerprüfer vor der Tür stehen. Zur Diskussion stehen Beträge in fünfstelliger, aber oft auch in sechsstelliger Höhe. „Die Steuerunehrlichkeit in Deutschland ist hoch“, sagt der Neckarsulmer, der auch als Steuerberater und Anwalt arbeitet. Und das Überraschende: „In fast jedem Fall spielt das Ausland eine Rolle.“ Nicht nur Großverdiener nutzten den Weg über Liechtenstein, die Schweiz oder die britische Kanalinsel Jersey.

Wie viele solcher Transaktionen es gibt, wird laut dem bayerischen Landesamt für Steuern nirgendwo erfasst. Werden Verbindungen ins Ausland festgestellt, gibt es nur wenig Handhabe. Anonymisierungen von Kontoinhabern und das Bankgeheimnis machen eine Verfolgung schwer. Die Steuerverwaltung des betreffenden Bundeslandes kann lediglich ein

sogenanntes nationales Amtshilfeersuchen senden und auf die Kooperation des Landes hoffen, in dem es die Schwarzkonten vermutet.

„Den typischen Steuerhinterzieher gibt es nicht“, so Horn. „Sie kommen aus allen Berufsgruppen und allen Altersschichten. Selbst die alte Oma, die ihr Vermögen ins Ausland schaffen will, ist dabei.“ Hinsichtlich der Art und Weise der Verschleierung „fasse er sich aber manchmal an den Kopf“, sagt Horn. „Da frisst die Gier das Hirn.“ Die Zahl der aufgedeckten Hinterziehungen hat seiner Einschätzung nach zugenommen. Das liege vor

allem daran, dass die Steuerfahndung massiv aufgerüstet habe. Zudem verfügten die Behörden über IT-Experten, die schnell und gezielt die Festplatten der Firmenrechner durchsuchen könnten.

Hinzu kommt, dass Durchsuchungsbeschlüsse sehr schnell erteilt werden, wie das Magazin „Panorama“ am Donnerstag berichtete. Schuld daran sei die hohe Arbeitsbelastung der Richter. So blieben zum Beispiel bayerischen Richtern im Schnitt nur zwei Minuten Zeit, um einen Untersuchungsbeschluss zu prüfen. Wie das Magazin weiter berichtete, rücken Beamte jährlich etwa 50 000-mal aus, um Durchsuchungsbeschlüsse umzusetzen.

Grotesk: Der zweiminütigen Beschlussfassung folgt ein jahrelanges Verfahren. „Im Schnitt sind es mindestens fünf Jahre“, so Fachanwalt Horn. Er habe aber auch schon Mandanten vertreten, die in einer Steuersache sieben Jahre auf das Verhandlungsende warteten. „Mal abgesehen davon, ob jemand Steuern hinterzogen hat oder nicht, das zermürbt jeden.“

Und es kostet Existenzen: ohne Auftragsbücher keine Arbeit. „Ich rate jedem, der betroffen ist: Kopieren Sie sich alle Unterlagen, die die Fahnder mitnehmen. Egal, was das für ein Aufwand ist. Und keine überstürzten Reaktionen.“ – quasi Horns zweites Gebot. „Als erstes sollte man seinen Steuerberater und seinen Anwalt anrufen“, rät er. „Keine voreiligen Erklärungen und Geständnisse, auch wenn man aufgeregt ist.“ Sein erstes Gebot lautet übrigens: „Versteuern Sie, was Sie verdienen!“

Für reuige Sünder: Selbstanzeige

Nach deutschem Steuerstrafrecht kann ein Steuersünder unter bestimmten Bedingungen Straffreiheit erlangen. Voraussetzung ist eine Selbstanzeige. Das heißt: Die Strafbarkeit entfällt, wenn der Täter seine falschen Angaben berichtigt, ergänzt oder Unterlassenes nachholt. Eine Selbstanzeige ist möglich in Fällen von Steuerverkürzung oder Steuerhinterziehung. Der Betroffene muss die hinterzogene Steuer dann in einer vom Finanzamt festgesetzten Frist nachzahlen. Ist ein Ermittlungsverfahren bereits eingeleitet, hilft eine Selbstanzeige nicht mehr. *dpa*

Moraltheologe kritisiert die Jagd nach dem Kapital

„Wir brauchen mehr Wir, weniger Ich“

NÜRNBERG – Nach dem Fall Klaus Zumwinkel verfolgen die Behörden tausende ähnlicher Fälle, in denen Spitzenverdiener ihr Geld – ohne schlechtes Gewissen – an der Steuerkasse vorbei schmuggeln. Wir haben uns mit Prof. Stephan E. Müller, Lehrstuhlinhaber für Moraltheologie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, darüber unterhalten, warum ethische Grundwerte wie Ehrlichkeit offenbar aus der Mode gekommen sind.

NZ: Haben Spitzenverdiener in Deutschland das Gefühl für Geld und ihre Vorbildfunktion verloren?

Müller: Ich denke, das Ganze ist ein Symptom dafür, dass in unserer Gesellschaft hinsichtlich Wertfragen eine große Unsicherheit herrscht. Niemand weiß mehr genau, an welche Werte man sich halten muss. Fest steht aber: Eine Gesellschaft kann nicht bestehen, wenn jeder nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist. Das gilt besonders für Menschen in Führungspositionen wie Manager und Politiker. In unserer Wertehierarchie hat das Finanzielle eine ungeheure Bedeutung, andere Werte wie Ehe und Familie treten zurück. Aber genau davon lebt eine Gesellschaft. Die Bedeutung

von Beziehungen ist unterbelichtet in der täglichen Jagd nach dem Kapital. So eine Entwicklung wird zum Beispiel im Fall Zumwinkel sichtbar.

NZ: Wie kann sich die Gesellschaft wieder auf einen gemeinsamen Wertekanon verständigen?

Müller: Es gibt kein Patentrezept. Man sollte die Beziehungsethik in den Vordergrund rücken. Wir müssen uns Fragen stellen wie: Was ist wichtig, damit Beziehungen funktionieren? Was ist der Sinn des Lebens? Dass ich eine gute Position bekomme? Sind gute Noten in der Schule wichtig? Dort wird nicht die Kameradschaft benotet, sondern nur Leistung. Und das setzt sich bis ins Berufsleben fort. Kinder sollten mehr für den Dienst an der Gemeinschaft belohnt werden. Die Akzentuierung muss sich ändern. Wir müssen uns fragen, was Beziehungen, was Ehe bedeutet, uns darauf besinnen, was es heißt, ein Treueversprechen zu geben. Und am Beispiel

Zumwinkel: Was heißt es, sich auf das Wort eines Mannes zu verlassen, der für so viele andere verantwortlich ist? Und als Theologe sage ich auch: Der Glaube kann die Egozentrik der Menschen therapieren. Wir brauchen ein erneuertes Leitbild, bei dem nicht das Ich, sondern das Wir im Fokus steht.

NZ: Also, einfach gesagt: christliche Nächstenliebe?

Müller: Ich habe das Wort absichtlich nicht bemüht, weil es so nach Moralkeule klingt. Ich denke, das „Wir“ ist wichtig, und im Fall Zumwinkel muss die Gesellschaft ein deutliches Zeichen setzen.

NZ: Sie glauben also, dass es eine Umkehr hin zu einem neuen Wertekanon noch geben kann?

Müller: Ja, davon bin ich überzeugt! Zumindest in dem Teil der Gesellschaft, der nachdenklich wird. Ich beobachte das zum Beispiel bei meinen Studierenden. Viele von ihnen fragen in dem Trommelfeuer von Imperativen, das unter anderem im Fernsehen auf uns einwirkt: Wo gibt es eine Instanz, die mir ohne marktwirtschaftliche Absichten Orientierung gibt? Und das ist für viele eben auch die Kirche. *Fragen: Claudia Urbasek, NZ*

Der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, Wolfgang Apel, im NZ-Gespräch:

„Käfighaltung kann niemals artgerecht sein“

NÜRNBERG – Im Bundestag ging es am Freitag tierisch zur Sache. Die Große Koalition machte sich bei einer Debatte unter anderem für einen „Tierschutz-TÜV“ für Käfige stark. Wir befragten dazu Wolfgang Apel, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes.

NZ: Der Tierschutzbericht wurde bereits im April 2007 im Kabinett beraten. Erst jetzt fand die parlamentarische Generaldebatte statt – wird dem Tierschutz so wenig Bedeutung beigemessen?

Wolfgang Apel: Der Tierschutz hat tatsächlich keine Priorität. Die Bundesregierung will zukünftig auch nicht mehr im zweijährigem Turnus über die Situation im Tierschutz berichten, sondern nur noch einmal pro Legislaturperiode. Um politische Entscheidungen sinnvoll steuern zu können, ist ein solcher Zeitabstand viel zu groß. Wir haben die Bundesregierung daher aufgefordert, diesen Beschluss rückgängig zu machen.

NZ: Wie sieht die Situation der Hennen momentan aus?

Apel: Das ursprünglich für 2007 geplante Käfig-Verbot für Legehennen hat die Bundesregierung gekippt. Die alten Käfigbatterien dürfen unter gewissen Umständen noch bis Ende 2009 betrieben werden. Einem

Beschluss des Bundesrates aus dem April 2006 zufolge dürfen Hühner künftig in „ausgestalteten Käfigen“ gehalten werden. Dieser Käfig, oft auch beschönigend als Kleingruppenhaltung oder Kleinvoliere bezeichnet, stellt zu den bisher verwendeten Haltungssystemen für die Tiere keine Verbesserung dar.

NZ: Gibt es überhaupt eine „artgerechte“ Käfighaltung?

Apel: Nein. In Käfigen können Hühner unter gar keinen Umständen „artgerecht“ gehalten werden. Wenn in anderen Haltungssystemen Schwierigkeiten auftreten, lassen sie sich durch ein besseres Management beheben – in der Käfighaltung ist das unmöglich.



In solchen Käfigen haben Hennen so gut wie keine Bewegungsfreiheit. *F.: dpa*



Ziel Gewinnmaximierung: Klaus Zumwinkel auf dem Weg zu seinem Haus. Er ist seit Donnerstag zwar wieder auf freiem Fuß, aber im schlimmsten Fall drohen ihm, wie jedem anderen Steuersünder auch, bis zu zehn Jahre Haft. *Foto: dpa*

Tierschutz-TÜV für Stallbauten

In Deutschland werden etwa 38 Millionen Hennen in Beständen mit mehr als 3000 Legehennen gehalten. 78 Prozent von ihnen leben nach Angaben des Deutschen Tierschutzbundes in Käfigen. In der herkömmlichen Käfighaltung stehen dem einzelnen Tier dabei nicht mehr als 550 Quadratzentimeter zur Verfügung. Seit 2006 sollen bis zu 900 Quadratzentimeter Platz vorhanden sein. Allerdings gilt bis Ende 2008 eine Übergangsfrist. In Legebatterien können sich die Hennen kaum bewegen. Dieser Mangel führt zu Schäden wie Fettleber, Fußballengeschwüre und Knochenschwäche. Artereiene Verhaltensweisen der Legehennen werden im Käfig unterdrückt. Der sogenannte Tierschutz-TÜV soll Käfige, in denen Schweine, Rinder, Hühner und andere Tiere in der Landwirtschaft gehalten werden, auf ihre Tiergerechtigkeit überprüfen. Der „Tierschutz-TÜV“ soll somit gewährleisten, dass der Stallbau auf die Bedürfnisse der Tiere abgestimmt wird und sich nicht allein an den ökonomischen Ansprüchen der Hersteller und Betreiber orientiert. Verletzungen und gesundheitliche Schäden der Tiere könnten so verhindert werden. *sc*

NZ: Wo sehen Sie Defizite beim Tierschutz?

Apel: Überall, wo wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen, wird der Tierschutz hintangestellt. Noch immer werden Tiere in nicht artgerechte Haltungssysteme hineingezwängt. Dabei sollten die Haltungssysteme den Bedürfnissen der Tiere angepasst werden und nicht andersherum.

NZ: Gibt es auch irgendwelche Fortschritte?

Apel: Die sind dort zu erkennen, wo die Verbraucher Wahlmöglichkeiten haben. So geht der Verkauf von Käfigeiern kontinuierlich zurück, seit im Jahr 2004 die Eier-Kennzeichnung nach Haltungssystem gesetzlich vorgeschrieben wurde.

NZ: Ist der „Tierschutz-TÜV“ ein geeignetes Instrument, noch vorhandene Mängel zu beheben?

Apel: Ziel des „Tierschutz-TÜVs“ ist, dass seriellmäßig hergestellte Haltungssysteme und Stalleinrichtungen daraufhin geprüft werden, ob diese den Bedürfnissen und Verhaltensweisen der Tiere entsprechen und somit tiergerecht sind, bevor sie in den Handel kommen. Das geplante Prüf- und Zulassungsverfahren dient außerdem auch den Tierhaltern und den Stallbauern, da es Rechtssicherheit bezüglich des Einsatzes neuer Hal-

tungssysteme bringen würde. Stallbauern könnten auf fachkundige Beratung bei der Weiterentwicklung von Haltungssystemen bauen. So würden nur Stallanlagen zugelassen, die keine negativen Auswirkungen für die Tiere hätten.



Wolfgang Apel

NZ: Wenn Verbraucher möglichst billig Lebensmittel einkaufen wollen, laufen dann nicht alle politischen Verbesserungen ohnehin ins Leere?

Apel: Die Verbraucher schauen zum Glück keineswegs nur auf den Preis. Eine Eurobarometer-Studie im Auftrag der EU-Kommission aus dem Jahr 2005 hat sogar gezeigt, dass die Verbraucher durchaus bereit sind, mehr für landwirtschaftliche Produkte zu bezahlen, wenn die Tiere artgerecht gehalten würden. Sie müssen allerdings in der Lage sein, die Form der Tierhaltung auch wirklich zu erkennen. Daher fordern wir unter anderem auch, dass alle Produkte, in denen Eier verarbeitet wurden, entsprechend dem Haltungssystem der Legehennen gekennzeichnet werden. *Fragen: Sharon Chaffin, NZ*